

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Knebel.
Druck u. Verlag: Auer-Druck-
u. Verlagsanstalt m. b. H.
Auer, Erzgebirge.
Eigentümer: Auer-Druck-
u. Verlagsanstalt m. b. H.
Sternplatz, Auer, Nr. 15.

Abonnementspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 M. Bei der Geschäftsstelle abnehmbare monatlich 3.40 M. Bei der Post bestellbar und selbst abgeholt vierteljährlich 10.50 M., monatlich 3.50 M. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 M., monatlich 3.80 M. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Feiertagen und Sonntagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie alle Poststationen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Zeitspaltel oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Restspaltel für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., sonst 50 Pfg. Bei größeren Abkäufern entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 1/2 Uhr vorm. für jeder im Geb. kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernschreiber erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Das Neueste vom Tage.

Der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris Göttert wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet. Seine Anwesenheit dort hängt mit den Vorbereitungen für die Konferenz in Spa zusammen.

Präsident Wilson hat eine Bill unterzeichnet, welche die Deportation von Deutschen und anderen Ausländern, die während des Krieges interniert waren, zulässt.

Den englischen Blättern zufolge betrug der Wert der englischen Ausfuhr nach Deutschland in den ersten drei Monaten d. J. 1121889 Pfund Sterling; in der Hauptsache wurden Baumwollgarne, Wolllwaren, Rohbaumwolle, Wolle, Güte und Rohgummi nach Deutschland ausgeführt.

Wie Temps aus London meldet, hat das englische Ministerium des Neuen aus Paris eine ausführliche Liste der angeblichen Verletzungen des Friedensvertrages durch Deutschland erhalten, da England bis jetzt dieser Frage nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt habe wie Frankreich.

Wird Spa verschoben?

Nach Berichten der Agence Havas verlautet, daß die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand Ende der Woche in Spa bei Besichtigung stattfinden wird. Im Laufe der nächsten Woche werden dann in England Besprechungen zwischen Lloyd George und dem belgischen Minister des Neuen, sowie dem belgischen Wirtschaftsminister stattfinden. Danach dürfte dann mit Sicherheit zu erfahren sein, ob die Konferenz von Spa verschoben wird oder nicht.

Das deutsche Programm für Spa.

Die Reichsregierung ist gegenwärtig bemüht, das Ausland über die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage möglichst reiflich aufzuklären, weil ihr dies als das beste Mittel erscheint, um bei den künftigen wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit der Entente zu einem für Deutschland wie für die seinem Schicksal angelegten Nachbarstaaten ein günstigeres Ergebnis zu erzielen. Der Vertreter der Havasagentur in Berlin berichtet nun über eine angelegte Sitzung der Berliner Regierungskreise bezüglich der Konferenz in Spa und entwickelt dabei folgende Gedanken:

Die Entscheidung über die Art der Zahlung soll auf deutschen Wunsch als unmittelbar mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängend bezeichnet werden. Die für Deutschlands Arbeit notwendige Rohstoffe werde die oberste deutsche Frage wieder aufleben lassen. Die Frage der Wiederherstellung eines Teiles der Handelsflotte und die Rohmaterialfrage, sowie die Rückgabe eines Teiles der Kolonien stehen im Vordergrund des Programms, das die deutschen Regierungsbereiter nach Spa mitnehmen. Die finanziellen Fragen werden dahin entschieden, daß Deutschland wegen seiner gegenwärtigen Lage einen Aufschub für die Goldzahlungen und eine Verminderung des Besatzungsheeres fordern müsse. Deutschland wird unter Kontrolle von genau festgelegten Bedingungen einen Teil der zerstörten Häuser durch mit deutschem Weide bezahlte Arbeitskräfte wieder aufbauen lassen. Weiterhin liegt die Aufnahme in den Völkerbund und die Genehmigung eines Heeres von 200 000 Mann der deutschen Regierung besonders an.

Zu dem bemerkt das Leipz. Tagebl., daß sich diese Auslassungen im großen und ganzen tatsächlich mit den Ansichten der Berliner Regierungskreise decken. Die Reichsregierung ist außer Stande, über den Friedensvertrag hinaus neue Verpflichtungen für Deutschland anzunehmen und wird, von allen Seiten gedrängt, eintretendfalls die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz in Spa denjenigen zuschieben, die unter dem Vorwand einer praktischen Durchführung des Vertrages von Versailles dessen kaum erträgliche Lasten noch weiter verschärfen wollen.

Dr. Wirth über die Leistungs- fähigkeit Deutschlands.

Der Reichsfinanzminister hat dem Vertreter des Londoner Daily Express eine Unterredung gewährt. Er führte folgendes aus: Es ist unbedingt notwendig, daß die Leistungen, die Deutschland zu vollziehen hat, aus ungemessenen in fest und klar bestimmte verwandelt werden und daß diese feste Summe sich in einer Höhe hält, welche der Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht. Solange das Lammesschwert von ungemessenen Leistungen über Deutschland schwebt, ist an eine hinreichende Erholung der Volkswirtschaft nicht zu denken. Das Bewußtsein, daß alle Früchte einer vermehrten Anspannung der Arbeitskraft einzig und allein dem Gegner zugute kommen sollen ohne die heimische Not zu lindern, daß alle Anstrengung und Arbeit um aus der Not der Gegenwart herauszukom-

men, lediglich dazu dienen, den vom Ausland ausgeübten Druck zu erhöhen, dürfte naturgemäß jede Arbeitsfreudigkeit erlöchen. Das Volk müßte sich in einem solchen Falle fagen: Es hat keinen Zweck, zu arbeiten. Der Erfolg würde dann der sein, daß nicht nur das deutsche Wirtschaftsleben zusammenbrechen müßte, sondern daß auch die Gegner viel weniger erhalten würden als bei einer vernünftigen, im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bleibenden Festschließung der Entschädigungssumme. — Ungemeßene Verpflichtungen üben

eine vernichtende Wirkung

auf jede Wirtschaftstätigkeit aus. Die Arbeit von Leibeigenen, die zu ungemessenen Diensten verpflichtet sind, oder gar die Arbeit von Sklaven ist anerkannterweise die schlechteste und am wenigsten produktive von allen Arbeitsmethoden. Eine Bestimmung, daß mit zunehmender Leistungsfähigkeit die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag in heute noch nicht bestimmter Weise erhöht werden sollen, müßte genau dieselben Wirkungen ausüben wie der Zustand der Leibeigenschaft und der Sklaverei. Eine solche Bestimmung wäre volkswirtschaftlich das denkbar Unvernünftigste. Man kann eine Nation niemals durch Zwang von außen zu erhöhten Leistungen bringen. Wie empfindlich das Wirtschaftsleben gegenüber dem Zwange ist, hat sich ja bei der deutschen Zwangsökonomie während des Krieges deutlich genug gezeigt: die Produktivität der Landwirtschaft ist nicht größer geworden, sondern rapide gesunken. Und dabei war doch die Arbeit im Dienste des Gesamtwehls im Dienste des eigenen Volkes gefordert.

Ohne klare, fest umrissene Begrenzung der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag ist ein Wiederaufbau Europas nicht möglich. Klarheit ist aber auch notwendig mit Rücksicht auf

die Sanierung der Finanzen

in den einzelnen Ländern, besonders in Deutschland und in Frankreich. Wie sollen wir zu einer geordneten Finanzwirtschaft kommen, wenn unerfüllbare oder gar vollkommen unsichere Forderungen an uns gestellt werden, wenn wir nicht einmal wissen, was wir leisten müssen. Aber auch Frankreich kann zu einer Neuordnung seiner Finanzen nicht kommen, wenn es nicht weiß, was es von uns zu erhalten hat, oder wenn die Forderungen so sind, daß sie einfach nicht erfüllt werden können. Auch für die ganze Weltwirtschaft ist es von größter Wichtigkeit, daß endlich die Verpflichtungen Deutschlands genau festgelegt werden. Große Kreditoperationen können nur vorgenommen werden, wenn über die Leistungen und die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag volle Klarheit besteht und diese Leistungen im Rahmen des volkswirtschaftlich Möglichen gehalten sind. Kredit und Handel aber sind heute noch enger miteinander verknüpft als in der Vorkriegszeit. Es wird also auch

Der Warenmangel unter den Völkern ungenügender leiden,

wenn nicht eine vernünftige Lösung der Fragen gefunden wird. Werden aber die weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht wieder in hinreichendem Maße aufgenommen, so muß unbedingt der Wiederaufbau Europas verzögert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Das bedeutet wiederum Vermehrung der wirtschaftlichen und sozialen Not und neue politische Erschütterungen. Die Rückwirkung auch auf die Länder, die nicht oder nicht so sehr vom Kriege getroffen worden sind, kann jeder Volkswirt voraussehen. Darum ist eine vernünftige Regelung der Angelegenheit auch im Interesse der ganzen Weltwirtschaft nötig. Was wird wollen, ist eine ehrliche Verständigung, die es ermöglicht, aus den Trümmern Europas wieder aufzubauen und die schweren Schäden zu heilen, die der Krieg allenthalben verursacht hat. Die Forderungen, die man an uns stellt, müssen volkswirtschaftlich erfüllbar sein. Wir werden bei den Verhandlungen den Zustand unserer Volkswirtschaft objektiv schildern und Vorschläge machen, von denen wir glauben, daß sie auch ausführbar sind, sofern man der deutschen Volkswirtschaft wieder aufzuhelfen bereit ist.

Der sächsische Verfassungsentwurf in der Volkskammer.

In der Sitzung der Sächsischen Volkskammer am Mittwoch wurde u. a. der Entwurf der neuen sächsischen Verfassung beraten.

Ministerpräsident Wirth:

Das bisherige Grundgesetz war vorläufig. Es hat seine Aufgabe erfüllt, hat mit alten Rechten aufgeräumt und ein neues, einfacheres Recht geschaffen. Wenn wir einen Vergleich mit der Verfassung vom September 1831 ziehen, springt der Unterschied klar in die Augen. Die Verfassung ist kein Werk von Ewigkeitsdauer. Sie ist bisher freundlich aufgenommen worden, entspricht der Reichsverfassung und will den Reichseinheitsgedanken fördern helfen. Der erste Satz in Artikel 2: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus — ist von lapidarer Wucht und kennzeichnend den Unterschied gegen die Verfassung von 1831 — Der Ministerpräsident geht dann auf die einzelnen Paragraphen der Verfassung ein und spricht zum

Schluß die Hoffnung aus, daß die Beratungen bald zu Ende geführt sein mögen. (Bravo!)

Darauf entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Redner. Abg. C. Franke (Soz.) polemisiert als erster Redner sehr scharf gegen den Verfassungsentwurf, obwohl er zu der Gruppe der Fraktion gehört, die dem Kabinet Gradnauer zum Sturz mitverholfen hat. Im übrigen bemängelt er, daß der Regierung Gewalttätigkeiten verbleiben, die sich nach seiner Meinung mit der Souveränität des Volkes nicht vereinbaren lassen, so z. B., daß die Regierung den Landtag auflösen kann. Abg. Deutler (Dtschnat.): Die Verfassung räumt weder mit der alten Verfassung noch mit dem sonstigen Altan auf. Unter der alten Verfassung war das Volk 87 Jahre lang zweifellos glücklich. Das wünsche ich ihm auch unter der neuen Verfassung. Wir werden der Verfassung ohne große Neben zustimmen, da sie zum Teil die Reichsverfassung enthält. Die Zahl der Abgeordneten kann herabgesetzt werden.

Abg. Dr. Wulfsberg (Dtschnat.):

Der Entwurf ist wenig glücklich in Form, Inhalt und Sprache. Beim Lesen kommen immer neue Bedenken. Bei einer so wichtigen Vorlage verlangt man Monumentalität im Aufbau. Der preussische Entwurf ist in den staatlichen Grundbegriffen viel klarer. Wir setzen uns ein für das Volk zu beharren. Es fehlt ein Begriff für die Verantwortlichkeit der Abgeordneten in der Verfassung. Wie verhalten uns zunächst absehend gegen den Staatspräsidenten aus parlamentarischer und demokratischer Gründen. Gelingt es in dem Ausschuss, unsere Bedenken zu zerstreuen, so werden wir ihm zustimmen. Im übrigen hat meine Partei den dringenden Wunsch nach Verringerung der Minister. Es muß eine Zusammenlegung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums erfolgen, wie sie schon lange versprochen wurde. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Lipinski (Unabh.) gliedert die Leere des Hauses und wird unter großer allgemeiner Selbsterkennung auf die leeren Bänke seiner eigenen Fraktion hingewiesen. Im übrigen polemisiert er gegen den Entwurf. Abg. Blüher (Dtschnat., Volksp.) fordert mehr konstitutionelle Garantien. Es dürfe nicht von jedem Mißvergnügten abhängen, ob die Regierung zu hängen sei. Außerdem verlangt er eine größere finanzielle Sicherheit und eine Kammer der Arbeit, die eine bessere Tätigkeit der Regierungsmaschine verbürge. Auch das Oberverwaltungsgericht und die Oberrechnungskammer müßten in der Verfassung festgelegt werden. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Ritzsch (Soz.) und ein paar kurzen unwesentlichen Bemerkungen des Ministerpräsidenten wird die Vorlage dem Ausschuss überwiesen.

Seine politische Meldungen.

Die Verabschiedungen aktiver Offiziere. Die zahlreichen Verabschiedungen aktiver Offiziere in letzter Zeit ermöglichen es, im Laufe des Monats Mai Beförderungen im Rahmen des zukünftigen Friedensheeres wieder anzunehmen. Von Beförderungen von Oberleutnants zu Hauptleuten und von Leutnants zu Oberleutnants ist für jetzt noch abgesehen worden, da diese Offiziere infolge der Beförderungen im Kriege noch immer erheblich günstiger im Dienstalter stehen als vor dem Kriege.

Die Verluste des deutschen Heeres. Nach Untersuchungen des bekannten Sanitätsstatistikers Oberstabsarzt Prof. Dr. Schwelning waren insgesamt über 10,9 Millionen Mann zum Kriegsdienst eingestellt. Von ihnen sind 13,8 Prozent gefallen und 1,4 Prozent an Krankheiten gestorben; 38,5 Prozent wurden verwundet, 9,1 Prozent waren vermisst. Bemerkenswert ist, daß alle bundesstaatlichen Truppenkontingente mit fast gleichen Verlusten beteiligt sind.

Besserung der Kohlenlieferung an die Entente. Die beiden letzten Aprilwochen haben eine erhebliche Besserung in der Kohlenlieferung gebracht. Deutschlands Kohlenlieferungen an die Entente haben im April die bisher noch nicht erreichte Zahl von 689 000 Tonnen erreicht. Dabei war das sächsische Kohlengebiet ausgeschlossen. Man rechnet für Mai mit Sicherheit auf eine weitere Erhöhung der Kohlenlieferungen, wenn nicht außergewöhnliche Ereignisse die Ruhe im Kohlengebiet wieder stören.

Erzbergers Wiederaustritt. Erzberger wird am Landesparlamentarier der württembergischen Zentrumspartei am 14. Mai teilnehmen, nachdem seine Aufstellung als Reichstagskandidat in der vorbereitenden Versammlung der Bezirksvereinigungen in Ulm gefordert worden ist.

Bürgerlich-bäuerliche Einheitsfront in Bayern. Für Bayern ist nach langen Beratungen ein gemeinsames Vorgehen der Bayerischen Mittelpartei mit der Deutschen Volkspartei beschlossen worden. Damit ist, da auch zwischen Bayerischer Volkspartei und Mittelpartei gegenseitige Unterstützung vereinbart wurde, eine bürgerlich-bäuerliche Einheitsfront — allerdings ohne Demokraten — für Bayern geschaffen.

Reichswehrbrigade Dberh. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Am 13. Mai wird die Reichswehrbrigade Dberh. in ihrer Klasse versammelt sein. Reichsminister Hert und Reichswehrminister Dr. Gehler werden am Sonnabend die Brigade aufsuchen. Sie besteht aus zwei Infanterieregimentern, einem schwachen Artillerieregiment und einigen Hilfstruppen.

Frankreich verzögert die Räumung des Mainaues. Nach einer Havasmeldung hat man die deutsche Aufforderung, den Mainaue zu räumen, bis zur Besprechung mit den Deutschen zurückgelegt, obwohl ja nun die Reichswehr in der neutralen Zone des Ruhrgebietes schon unter die geforderte Stärke verringert worden ist. Jetzt verlegt sich die französische Diplomatie darauf, die Sicherheitswehr sei als vertragswidrig zu bezeichnen.

Aufnahme Oesterreichs in den Völkerbund? Wie die Waller Nachrichten aus zuverlässigen, dem Völkerbund-Sekretariat nahe-

19!
aula,
ot's.
und alle
ebung.
ne
hr
n
te
offen
fili
ian.
24.
erbe
ntenheing
gldel
bei
zabira
per
Kilo
u. u. Doer
erstr. 43.
ante Gede
Ehrentage
m. Figure
u. Pflanz
er, Verme
auch, 2 Mit
13,
erhalten.
üge
Tageblatt.
aren
rauentropf
enartitel
antischau
oben, 16
27.
ajdium
lligt zu be
13, p.
Seiber
4, 14 war
wei Stof
es Röhre
Wolle Gak
ab Alpac
sch. Bari
u. verlaute
er Tagebl.